

Wird die Strabs in Hannover nach der Kommunalwahl wieder eingeführt? _____

Mit dem Jahresbeginn 2019 war es endlich soweit: Die ungerechte und unsoziale Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) wurde in Hannover abgeschafft. Doch haben sich Vermieter und Mieter möglicherweise zu früh gefreut? Denn die gesetzlichen Grundlagen zum endgültigen landesweiten Aus der Verordnung in Niedersachsen sind nach wie vor nicht gegeben.

Damit ist die Wiedereinführung nach der Kommunalwahl im September in der Landeshauptstadt – je nach den dann bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Rat – denkbar. Die WohnArt hat den Fraktionsvorsitzenden bzw. den baupolitischen Sprechern der großen Parteien im Rat einen Fragenkatalog zu dem Thema gestellt:

1. Sind Sie für eine Wiedereinführung der Strabs oder soll der Status quo auch in Zukunft erhalten bleiben?
2. Ist das auch einhellige Meinung in Ihrer Fraktion/Partei oder wird das Thema dort kontrovers diskutiert?
3. Hat sich die Abschaffung der Strabs bewährt oder sind dadurch Nachteile, z.B. beim Haushaltsetat der Stadt oder bei bestimmten Projekten, entstanden?
4. Sollte nach Ihrer Meinung die Strabs auch auf Landesebene grundsätzlich abgeschafft werden?

CDU: Felix Semper, baupolitischer Sprecher:

1. Die CDU Hannover lehnt die Wiedereinführung der Strabs konsequent ab.
2. Die CDU in Hannover hat viele Jahre für die Abschaffung der Strabs gekämpft, am Ende mit Erfolg. Bei diesem Thema gibt es bei uns eine große Einigkeit.
3. Die Abschaffung der Strabs hat sich bewährt. Bürokratie konnte abgebaut werden. Negative Auswirkungen auf Projekte sind nicht erkennbar.
4. Ja, die Strabs bzw. die gesetzlichen Grundlagen führen zu unnötiger Bürokratie, die Mehreinnahmen einer Kommune sind kaum der Rede wert. Gerade in einer Zeit steigender Nebenkosten, müssen wir alles Erforderliche dafür tun, die Hauseigentümer dort zu entlasten, wo es möglich ist.



SPD: Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender:

1. Der Status quo soll erhalten bleiben, da sich die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bewährt hat.
2. Das ist die einhellige Meinung in unserer Partei und Fraktion.
3. Grundsätzlich hat sich die Abschaffung der Strabs bewährt. Allerdings müssen die fehlenden Einnahmen (ca. 2 Mio. Euro) für die Investitionskosten, die für den Straßenbau bzw. für die Grundsanierung von Straßen benötigt werden, nun aus anderen Mitteln gedeckt werden. Das ist angesichts der prekären Haushaltslage infolge der Corona-Pandemie nicht einfach, kann aber bewältigt werden.
4. Ja



Grüne/Bündnis 90: Elisabeth Clausen-Muradin, Fraktionsvorsitzende:

1. Zusammen mit den Ratsfraktionen von SPD und FDP hatten wir als Grüne Ratsfraktion zum Haushalt 2019/2020 einen Antrag in die politischen Gremien eingebracht, mit dem die Straßenausbaubeitragssatzung der Landeshauptstadt Hannover zum 31.12.2018 aufgehoben werden sollte. Der Rat hat diesen gemeinsamen Haushaltsantrag der Fraktionen der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen beschlossen. Wir werden uns daher als Grüne Ratsfraktion nicht für eine Wiedereinführung der Straßenausbaubeitragssatzung in Hannover einsetzen.
2. Die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung in Hannover ist Beschlusslage meiner Fraktion, wir haben daher keinen Diskussionsbedarf dazu.
3. Die Einnahmeausfälle aus den Stra-

**AfD: Sören Hauptstein,
Fraktionsvorsitzender:**

1. Die Entscheidung zur Abschaffung der Strabs ist absolut richtig gewesen und sollte auch für die Zukunft Bestand haben. Die Ausbaubeiträge sind meines Erachtens ungerecht und unsozial. Obwohl die Erhaltung der Straßen eine kommunale Kernaufgabe ist, werden nach diesem verfehlten Konzept einzelne Anlieger zur Kasse gebeten, ohne dass sie im Gegenzug in irgendeiner Form Einfluss auf die konkrete Bauausführung und die damit einhergehenden Kosten nehmen können. Darüber hinaus werden die Beiträge vollkommen unabhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit der Betroffenen erhoben, sodass diese einem vollkommen unkalkulierbaren finanziellen Risiko ausgesetzt werden, welches sich im Einzelfall sogar als existenzbedrohend darstellen kann.
2. Die gesamte AfD-Ratsfraktion lehnt die Straßenausbaubeiträge ab und hat maßgeblich an der Abschaffung der Strabs in Hannover mitgewirkt. Dieser Einsatz gegen die Strabs entspricht auch der Programmatik der Partei, sowohl auf Kreisverbands- als auch auf Landesebene. Jemanden, der sich für den Erhalt oder die Wiedereinführung der Strabs stark gemacht hätte, habe ich innerhalb der gesamten AfD Niedersachsen im Rahmen meiner nunmehr fast 8-jährigen Mitgliedschaft noch nicht getroffen.
3. Die Abschaffung der Strabs hat Hannovers Bürger spürbar

entlastet und sich damit mehr als bewährt. Natürlich sind der Stadt hierdurch Einnahmen von ca. 1,1 Mio. Euro im Jahr (Durchschnitt 2012 bis 2016) verloren gegangen. Dies ist in Anbetracht des enormen Verwaltungsaufwands, den die Beitragserhebung im Gegenzug verursachte, jedoch ein recht überschaubarer Betrag, der sich leicht an anderer Stelle kompensieren ließe. Zum Vergleich: Allein die Schaffung eines neuen Dezernats und einer „Stabsstelle Mobilität“ durch Herrn Onay aus ideologischen und machtpolitischen Gründen verursacht zusätzliche Kosten von ca. 800.000 Euro im Jahr, ohne dass ein nennenswerter Mehrwert erkennbar ist - jedenfalls sofern man sich nicht für skurrile Kunstaktionen auf Hauptverkehrsstraßen begeistern kann.

4. Ja, denn der derzeitige kommunale Flickenteppich, bei dem teilweise nur wenige Kilometer über das Bestehen der Beitragspflicht entscheiden können, spaltet die Gesellschaft und schafft sozialen Unfrieden. Die AfD setzt sich deshalb auch auf Landesebene für eine grundsätzliche Abschaffung der Strabs ein.



**FDP: Wilfried Engelke,
Fraktionsvorsitzender:**

1. Die FDP hat sich in Hannover viele Jahre lang für die Abschaffung der Strabs eingesetzt und sieht es als großen Erfolg der Ratsfraktion im Ampelbündnis der vergangenen Jahre an, dass es gelungen ist, SPD und Grüne von der Ungerechtigkeit der Beiträge zu überzeugen und damit die Abschaffung durchzusetzen. Diese Haltung wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Es ist nach wie vor die Überzeugung der FDP, dass Straßenausbaubeiträge, die durch die Anliegerinnen und Anlieger zu leisten sind, weder sozialverträglich noch gerecht sind. Der Erhalt der Infrastruktur ist eine staatliche Aufgabe, die durch reguläre Steuereinnahmen zu finanzieren ist.
2. In der FDP Hannover gibt es sehr breiten Konsens, dass die Abschaffung der Strabs ein dringend notwendiger und überfälliger Schritt war.
3. Selbstverständlich sind Einnahmeausfälle durch die Abschaffung der Strabs für den Kommunalen Haushalt entstanden. Daher wurde auf Veranlassung der FDP zunächst eine Überprüfung der tatsächlichen Einnahmen durch die Beiträge durchgeführt, um zu ermitteln, was letztlich nach Abzug von Bearbeitungskosten, Gerichtskosten etc. in der Stadtkasse bleibt. Diese Summe rechtfertigte die teilweise existenzbedrohende Belastung der Betroffenen in keinsten Weise, weshalb sich, trotz Einnahmerückgängen die Abschaffung bewährt hat und weiterhin aufrecht zu erhalten ist.
4. Eine Abschaffung der Strabs auf Landesebene würden wir sehr begrüßen, da es derzeit so ist, dass die Kommunen durch die Kommunalaufsicht verpflichtet werden können, die Beiträge (wieder) zu erheben, wenn die Haushaltslage angespannt ist und Kredite aufgenommen werden müssen. Damit dieses Damoklesschwert nicht mehr über den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern hängt, wäre eine Landesweite Abschaffung ein wichtiger und richtiger Schritt zu mehr Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Kommunen selbst.



Bausbaubeträgen betragen jährlich ca. 2 Mio. Euro, was angesichts der coronabedingt schwierigen Finanzlage eine Belastung für den städtischen Haushalt darstellt.

4. Eine Abschaffung der Strabs auf Landesebene sollte auch auf Landesebene diskutiert und entschieden werden